junge Welt
DIE TAGESZEITUNG

Land & Wirtschaft

jW Spezial
Mittwoch, 10. August 2016, Nr. 185

■ **Seite 3: Turbo-Monopoly:** Saatgut- und Pestizidkonzerne unter Fusionsdruck. Von Andreas Riekeberg ■ **Seite 4: Land and Freedom:** Fehlender Zugang zu Anbauflächen ist noch immer ein Haupthindernis auf dem Weg zu einer sozialen und ökologischen Agrarwende. Von Uwe Hoering ■ **Seite 7: Unbefangene Behörde?** Die Debatte um das Pflanzengift Glyphosat und das Bundesinstitut für Risikobewertung. Von Peter Clausing ■ **Seite 8: Bauernopfer für die Autoindustrie:** TTIP und Landwirtschaft. Von Mute Schimpf

Wut in Brüssel: Im September vergangenen Jahres protestierten rund 6.000 Bauern aus ganz Europa gegen die EU-Agrarpolitik und fehlende Unterstützung für notleidende Milchbauern und Mäster

JACKY NAEGELEN/REUTERS

Bauernlegen 4.0

Die Milchpreiskrise hat zu massenhaftem Höfesterben geführt. »Hilfen« aus Brüssel verschärfen die Situation in der EU – und tragen zur Vernichtung von Existenzen in Entwicklungsländern bei. **Von Jana Frielinghaus**

Auch Burkhard Schultz denkt ans Aufhören. »Diese Verluste, die wir hier täglich erleiden, das hält niemand durch«, sagt der Chef der Landwirtschaftlichen Produktions- und Dienstleistungsgenossenschaft Biesen nahe Wittstock. In dem 1.500-Hektar-Betrieb im Nordwesten Brandenburgs werden täglich 300 Kühe gemolken. Seit zwei Monaten bekommt der Betrieb weniger als 20 Cent pro Liter Milch ausgezahlt. Schon im Herbst 2014 sanken die Preise von damals 37 bis 40 Cent stark ab. Kurz nach dem Fall der EU-Milchquote Ende März vergangenen Jahres brachen sie weiter ein auf 25 bis 29 Cent, verharrten lange auf diesem längst nicht kostendeckenden Niveau und stürzten seit April/Mai noch einmal ab.

Burkhard Schultz ist sicher, »dass man weder mit 20 noch mit 22 Cent pro Liter die Milcherzeugung nachhaltig rentabel organisieren kann«. Niemand könne das in Deutschland. »Für uns wären 35 bis 37 Cent kostendeckend, um nachhaltig produzieren zu können«, sagt er. Das bedeutet, dass auch anfallende Ersatzinvestitionen eingerechnet sind: Bausubstanz muss erhalten, veraltete und marode Technik ausgetauscht werden. In seinem Betrieb sind derzeit 20 Menschen in Lohn und Brot. Wird die Milchviehhaltung eingestellt, stünden mindestens acht von ihnen ohne Job da. Warum die Kühe noch da sind? »Wir haben schon in den 90er Jahren eine Tochtergesellschaft gegründet, in der Mutterkühe gehalten und Mastrindkälber aufgezogen werden«, berichtet Burkhard Schultz. »Weil wir uns auch als Zuchtbetrieb einen Ruf erarbeitet haben, können wir Tiere oft zu einem guten Preis verkaufen. Weil wir dieses weitere Standbein haben, kommen wir zur Zeit trotz dieser wirklich katastrophalen Krise noch über die Runden.«

Das Problem für Milchviehhalter: Sie haben Ställe, die vor zehn, 20 oder 30 Jahren mit Hilfe von langfristigen Darlehen gebaut wurden. Der Pachtzins für die bewirtschafteten Flächen steigt seit Jahren parallel zu den Bodenpreisen. Denn nach der Finanzkrise 2007/2008 entdeckten Spekulanten Ackerland als sichere Anlage. Dazu kommt: »Die Milch muss jeden Tag weg, um frisch verarbeitet zu werden«, so Burkhard Schulz. Man kann sie nicht wie Getreide zurückhalten und auf einen besseren Preis warten.

Wegen der Krise haben viele Bauern inzwischen weitere Kredite aufgenommen – in der Hoffnung auf in absehbarer Zeit bessere Verhältnisse. Sie stecken längst in einer Art Schuldknechtschaft nicht nur gegenüber Banken, sondern auch gegenüber Maschinen-, Futter-, Saatgut-, Düngemittel- und Spritzmittelhändlern fest. Viele müssen ihre Ernte schon vor der Saat bei Lieferanten verpfänden.

Aktuell kommt hinzu, dass der Preis von Weizen, Gerste und Co. trotz eines international sinkenden Angebots an den Börsen offenbar künstlich klein gehalten wird. Burkhard Schultz: »Die Getreidepreise sind derzeit um 20 bis 30 Prozent niedriger als im vergangenen Jahr. Dazu kommt, dass bei uns auch der Ertrag deutlich schlechter ausfallen wird.«

Die Zwangslage der Milchviehhalter strahlt unterdessen längst auf die erwähnten Handelspartner aus, unter denen zahlreiche kleine und mittlere Bau- und Handwerksbetriebe sind. Sie führt in erheblichem Umfang zu Kurzarbeit und Entlassungen im ländlichen Raum.

■ Fortsetzung auf Seite zwei

Kosten der Milcherzeugung: www.europeanmilkboard.org/de/special-content/produktionskosten-der-milch.html

Aktuelle Daten zu Milchmengen und -preisen in der EU: www.milk.de

Forschungsprojekt zur Wirtschaftlichkeit einer Milchviehhaltung ohne Kraftfutter: www.landforscher.de

Datensammlung zur Lage der Landwirtschaft: www.bauernverband.de/situationsbericht-2015-16

ANZEIGEN

Die zehn größten Saatgutkonzerne kontrollieren 75 Prozent des Saatguthandels. Die zehn größten Agrarchemiekonzerne verkaufen 95 Prozent der Pestizide. Und sie setzen auf Gentechnik. Die Dinosaurier sind in Hochzeitslaune. Jetzt will Bayer Monsanto übernehmen.

So stoppen wir gemeinsam die Fusion!
Onlineappell, Infos
und Aktionen für freies Saatgut
ww.aktion-agrar.de/kampf-den-giganten
aktion agrar

Ich ergreife mit vielen Vergnügen die Feder

Die landwirtschaftlichen Briefe der Henriette Charlotte von Itzenplitz an Albrecht Daniel Thaer um 1800

Heide Inhetveen und Heinrich Kaak (Hrsg.)

Die Korrespondenz der Henriette Charlotte von Itzenplitz zeichnet nicht nur das Porträt einer jungen, reformbeflissenen Adelsfrau nach, sondern kann auch als Dokument der durchaus nicht reibungsfreien Begegnung einer konservativen Landadeligen und eines Vertreters des städtischen Bürgertums gelesen werden, denen beiden die Umgestaltung der Landwirtschaft in ein modernes Gewerbe am Herzen lag.

ISBN 978-3-933603-47-0 • 208 Seiten • Format 17,5 x 21,5 cm • Festeinband • 19,80 €

findling verlag

Weitere Bücher finden Sie unter: **www.findling-verlag.de**

■ Fortsetzung von Seite eins

Zwar sind heute nur noch 1,5 Prozent der Beschäftigten direkt in der Landwirtschaft tätig. Aber die Jobs Hunderttausender, also auch diejenigen in der lebensmittelverarbeitenden Industrie, sind von ihr abhängig. Einem Bericht des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zufolge steht in der Bundesrepublik jeder neunte Arbeitsplatz mit der Agrarwirtschaft in Verbindung. Behält man das im Blick, stimmt nur noch sehr bedingt, was ein Kommentator des *Neuen Deutschlands* (14.7.) heraustrompetete: »Milch ist nicht systemrelevant.«

Wegen dieses Befundes ist *ND*-Redakteur Robert D. Meyer auch der Meinung, die Bauern, die »auf Teufel komm raus« viel zuviel von einem Produkt herstellten, sollten nicht schon wieder gerettet, sondern für die Überproduktion mindestens mit entschädigungsloser Mengendrosselung bestraft werden – und dafür, dass sie die Milch, die keiner haben will, »einfach solange hektoliterweise in den Ausguss oder vor das EU-Parlament« kippen, »bis die Subventionen weiter fließen«.

Es bedarf schon einer gehörigen Portion Ignoranz zu übersehen, welche Verzweiflung hinter dieser »dreisten Strategie« (Meyer) steckt und wie miserabel die Einkommenssituation einer großen Zahl vor allem kleiner und mittelgroßer Milchviehhalter auch schon vor der aktuellen Zuspitzung der Verhältnisse war, vom Übermaß an harter Arbeit gar nicht zu reden. Eine aktuelle Studie der Agrarsoziologin Karin Jürgens in Zusammenarbeit mit dem Kasseler Agrarwissenschaftler Onno Poppinga liefert einen Überblick über die Kosten der Milcherzeugung in den deutschen Bundesländern. Die Gesamtaufwendungen je Liter lagen demnach im vergangenen Jahr zwischen 39 Cent in Mecklenburg-Vorpommern und knapp 51 Cent in Bayern – nach Abzug der EU-Beihilfen. Die bekommen die Milchbauern genau wie alle anderen Landwirte pro Hektar Nutzfläche. Darüber hinaus erhalten sie: nichts – obwohl sie erheblich mehr Arbeitskräfte beschäftigen als reine Akkerbaubetriebe.

Im September 2015 kamen sie übrigens ohne Milchtanker nach Brüssel, aber sie zündeten in ihrer Wut Strohballen an, mancher warf Steine und trotzte mit Einwegcape den Wasserwerfern der Staatsgewalt. Danach gab es »Soforthilfen« in Höhe von 500 Millionen Euro, die längst in den Schuldendienst geflossen sind. Zu einer von vielen Landwirten selbst seit langem geforderten akuten Prämierung einer reduzierten Milchmenge war die EU-Kommission nicht bereit. Am 18. Juli dieses Jahres wurde in Brüssel dann ein weiteres Hilfspaket in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro beschlossen. 150 Millionen sollen dieses Mal direkt als Unterstützung an Landwirte gezahlt werden, die weniger Milch liefern. Verteilt auf alle EU-Länder ist das allerdings eine winzige Summe. Allein in der Bundesrepublik gibt es – noch – 71.000 Milchkuhhalter. Ginge dieses Geld komplett nach Deutschland, bekäme jeder von ihnen etwa 2.100 Euro. So viel verliert ein Betrieb mit 500 Kühen in drei Tagen, ein Hof mit 50 Tieren in einem Monat.

Der größte Teil aus dem Paket der EU, 350 Millionen Euro – davon erhält die BRD ca. 58 Millionen –, wird nur in weitere Zinserleichterungen oder in Bürgschaften für zusätzliche Kredite gesteckt. Wie Agrarkommissar Phil Hogan verweigert sich auch der deutsche Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) weiter jeder Form der administrativen Mengenbegrenzung. Der Staat könne und dürfe nicht in das Spiel der Marktkräfte eingreifen, wiederholt letzterer seit dem vergangenen Jahr wie ein Automat – ebenso wie das Mantra von der Erschließung neuer Exportmärkte, die die Lösung bringen soll.

Billigstrohstoff für die Industrie

Bislang deutet nichts darauf hin, dass die Kommission in Brüssel, die deutsche Bundesregierung und Organisationen wie der DBV an einer echten Lösung für die Landwirte interessiert sind. Sie alle spielen offenkundig das Spiel der Milchindustrie und vor allem der großen Einzelhandelsketten. Die wollen den Rohstoff Milch so billig wie möglich haben.

Von regional festgelegten, kostendeckenden Mindestpreisen, die die Landwirte für die Milch bekommen müssten, sprechen derzeit nur noch einige Linke-Politiker. Dabei wären sie, verbunden mit Auflagen wie der mittelfristigen Senkung der Kraftfuttergaben, ein sinnvoller Weg zum Abbau der Überproduktion einerseits und zu einer Verringerung der Sojaimporte aus Südamerika andererseits, wo deren Anbau zur Vertreibung Zehntausender, zur Abholzung von Wäldern, zur massiven Schädigung der Gesundheit von Menschen und der Umwelt führt. Für Mindestpreise und Mengenregulierung mittels Kraftfutterreduzierung und Weidehaltung spricht – neben der dadurch möglichen Sicherung einer menschenwürdigen Existenz von Bauern, einem längeren und stressreduzierten Leben für die Kühe und der Vermeidung von Importen – noch etwas: Schaffen Landwirte die Tiere ab, fällt kein Rinderdung mehr an. In der Folge setzen sie auf ihren Feldern vielfach mehr synthetischen Dünger ein, dessen Herstellung extrem energieaufwendig und dessen Anwendung grundwasserbelastend ist. Darüber hinaus könnte mit der Kombination von Preisuntergrenze und Mengenreduzierung die Flutung der Märkte in Entwicklungsländern mit billigem Milchpulver gestoppt werden.

Genau diese Art von Exporten aber will die EU-Kommission mit ihren Beschlüssen vom Juli weiter fördern. Denn erneut erklärte sie sich bereit, die Kosten für die Einlagerung von Magermilchpulver zu übernehmen. Das ist dann aber nicht verschwunden, sondern wird später sehr billig zum Beispiel in Westafrika verkauft – oder wieder auf den europäischen Markt geworfen, womit nach einer Erholung der Preise zu deren erneutem Absinken beigetragen wird.

Welche Folgen die Exporte nach Westafrika haben, zeigten die Autoren der Ende Juni ausgestrahlten *SWR*-Dokumentation »Milchflut. Melken bis zum Ruin« am Beispiel von Burkina Faso. Dort kostet der Liter Frischmilch aus einer Gemeinschaftsmolkerei von Kleinbauern dreimal so viel wie die gleiche Menge Getränk aus Milchpulver, das im Supermarkt daneben steht. Das bringt die heimischen Viehhalter in Not, denn sie werden ihre Produkte nicht mehr los. In Burkina Faso lebt ein Drittel der Menschen von der Tierhaltung. Ein Milchbauer hat dort drei bis fünf Kühe, von jeder bekommt er pro Tag gerade mal zwei Liter Milch. Diese Kleinproduzenten müssen heute mit Kollegen aus Europa konkurrieren, deren Kühe täglich 25 bis 30 Liter geben. Davon haben allerdings die Bauern in der EU wenig. Sie sind »längst zu Sklaven der Milchindustrie geworden«, sagt der oberbayrische Landwirt Josef Westenrieder im erwähnten Dokumentarfilm.

Teufelskreis

2015 wurden in der EU 159 Millionen Tonnen Milch ermolken, im Jahr zuvor waren es noch 148 Millionen Tonnen. Das hat zwar auch mit dem Wegfall der Milchquote zu tun. Etliche Betriebe investierten kurz vor dem absehbaren Ende der Mengenbegrenzung in größere neue Stallanlagen. Sie konnten also unmittelbar danach mehr Milch produzieren.

Doch Krisen gab es auch schon vor dem Ende der Quote. Zuletzt hatten die Landwirte 2009 mit Tiefpreisen zu kämpfen. In den 30 Jahren der Existenz der EU-Mengendekkelung sank die Zahl derer, die Milchkühe halten, um 80 Prozent auf 75.000. Ein wesentlicher Grund für das gewachsene Produktionsvolumen dürfte auch die Tatsache sein, dass eine Erhöhung der ermolkenen Menge noch immer die einzige Möglichkeit für die Landwirte ist, niedrige Preise zu kompensieren und so ihren vielfältigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können – ein Teufelskreis, denn dadurch sinken die Erlöse pro Liter weiter.

Irgendwann bleibt nur noch, die Kühe zu verkaufen: an einen Konkurrenten – oder an den nächsten Schlachthof. Nach Angaben der *Agrarzeitung* vom 24. Juni hat 2016 die Zahl der Kuhschlachtungen im Vergleich zum Vorjahr um 16 Prozent zugenommen.

Fraglich bleibt, ob sich der Preis bei sinkendem Angebot wirklich erhöht. Der Report der »Zentralen Milchmarkt Berichterstattung« vom 5. August zeigt, dass die erzeugte Menge in der Bundesrepublik aktuell deutlich unter dem Niveau von August 2014 liegt, als die Milchquote noch existierte und der durchschnittliche Preis pro Liter noch bei 38 Cent lag.

ANZEIGE

Nur Teil des Problems

Neben Bayer und Monsanto stehen weitere Pestizid- und Saatgutkonzerne unter Fusionsdruck. Den globalen Markt teilen sich seit langem wenige Konzerne. **Von Andreas Riekeberg**

Die jüngste Fusionsnachricht aus der Pestizid- und Saatgutbranche sorgte für Schlagzeilen: Die Bayer AG bot im Mai 62 Milliarden US-Dollar (55 Milliarden Euro) für Monsanto. Am 9. Juli legte der Leverkusener Chemieriese noch einmal zwei Milliarden Dollar drauf. Aus zwei der sieben größten Konzerne für Pestizide und Saatgut würde bei einer Übernahme der weltweit größte Konzern im Bereich landwirtschaftlicher Produktionsmittel entstehen. Schon im Februar war bekanntgeworden: die Schweizer Syngenta[1] wird für 43 Milliarden Dollar vom chinesischen Staatskonzern ChemChina übernommen,[2] der 2012 bereits die israelische Makhteshim Agan Industries gekauft hatte (Nummer sieben der globalen Agrarchemiebranche im Jahr 2011). Ebenfalls Anfang des Jahres hatten auch DuPont und Dow Chemical angekündigt, in einer gleichberechtigten Fusion den Konzern DowDuPont zu bilden.[3]

Bayer will Monsanto für inzwischen 125 Dollar je Aktie in bar (ein Aufschlag von 40 Prozent auf den Schlusskurs vom 9. Mai) übernehmen.[4] Hinter diesem Angebot stehen fünf Investmentbanken, die jeweils ein Fünftel der Summe beisteuern wollen: Bank of America, Credit Suisse, Goldman Sachs, HSBC und JPMorgan.[5]

Ist diese Fusionswelle die Apokalypse für Landwirtschaft und Klima, müssen nun alle Kräfte dagegen mobilisiert werden, wie es einige Nichtregierungsorganisationen fordern?[6]

TOMAS BRAVO/REUTERS

Gefährdete Vielfalt: Auf einer Kundgebung gegen Monsanto in Mexiko-Stadt am 21. Mai dieses Jahres trug eine Demonstrantin einen Korb mit verschiedenen Maissorten

Andreas Riekeberg ist aktiv in der »Kampagne für Saatgut-Souveränität« (saatgutkampagne.org) und in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO). Erstere hat sich an der erfolgreichen Kampagne gegen eine weitere Verschärfung der EU-Saatgutmarktordnung beteiligt.
Zum Thema Agrarwende veröffentlichte die Umweltorganisation Friends of the Earth kürzlich einen Bericht: kurzlink.de/foereport

Stärke oder Schwäche?

Zweifellos ist die marktbeherrschende Macht weniger Konzerne im Saatgut- und Pestizidbereich besorgniserregend. Schon 2011 teilten sich elf Konzerne 98 Prozent des Weltmarktes im Agrarchemiebereich, beim Saatgut kontrollieren zehn Multis immerhin 75 Prozent des Marktes. Aus ihrer starken Position heraus nehmen sie erheblichen Einfluss auf die nationale und internationale Gesetzgebung, auf wissenschaftliche Forschung, auf Zulassungsverfahren für Chemikalien und für genveränderte Organismen – immer im Sinne ihrer Eigentümer und von deren Renditeerwartungen.

Jedoch sind die gegenwärtigen Konzentrationsprozesse nicht unbedingt als Ausdruck ungebrochener Stärke zu betrachten. Vielmehr kann es sich dabei auch um eine Reaktion auf eine Schrumpfung des Marktes für Pestizide handeln. In Dollar gerechnet reduzierte sich einer Statistik des Handelsverbandes CropLife zufolge[7] das Finanzvolumen der Verkäufe von Pestiziden (»Crop Protection«) 2015 gegenüber dem Vorjahr immerhin um 9,6 Prozent bzw. von 56,7 auf 51,2 Milliarden US-Dollar – und zwar in allen fünf Regionen, in die CropLife die Welt einteilt. Besonders hohe Schrumpfungsraten waren den Angaben zufolge mit 16,4 Prozent in Europa samt Russland sowie in Lateinamerika mit 13 Prozent zu verzeichnen.

Auch Syngenta etwa hatte 2015 einen Umsatzrückgang von etwa zehn Prozent gegenüber 2014 zu verkraften und konnte nur durch Einsparungen die Gewinnspanne halten. Monsanto musste ebenfalls mehrfach Einbrüche vermelden. So gab Konzernchef Hugh Grant Ende Juni in St. Louis bekannt, der Gewinn im dritten Quartal des Konzerngeschäftsjahres 2016 (Monate März bis Mai 2016) sei gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 37 Prozent auf 717 Millionen Dollar gesunken. Zudem kappte er erneut die Ergebnisprognose für das laufende Jahr. DowDuPont erhofft sich derweil von der Fusion eine Kosteneinsparung von drei Milliarden Dollar, davon allein im Bereich Agrarchemie und Saatgut 1,3 Milliarden.

Das alles deutet nicht nur auf eine Absatzkrise bei Pestiziden hin, sondern es zeigt sich auch eine Zurückdrängung der Dominanz der OECD-Staaten in diesem Markt. Bis 2011 waren die Hauptquartiere der zehn größten Pestizidhersteller wie auch die der Top Ten unter den Saatgutproduzenten in den »alten« Industrieländern. Doch mit dem Erwerb der vormals israelischen Makhteshim Agan Industries und der bevorstehenden Übernahme von Syngenta – Nummer eins bei Pestiziden und Nummer drei bei Saatgut – hält plötzlich ein chinesischer Staatskonzern etwa 30 Prozent der Weltmarktanteile bei Agrarchemie und zehn Prozent bei Saatgut. Beim Kauf von Syngenta dürften die langfristigen Kapitalanlagestrategien Chinas eine Rolle spielen.

Demgegenüber scheint es bei der geplanten DowDuPont-Fusion und der Offerte von Bayer an Monsanto darum zu gehen, diese Konzerne in der gegenwärtigen Rezessionsphase in westlicher Hand zu halten und die Profitabilität des Kapitals mittels Kosteneinsparungen in der Produktion und Durchsetzung höherer Preise über das Ausspielen von Marktmacht auf verschiedenen Teilmärkten zu sichern.

Der Name Monsanto ist verbunden mit der Verbreitung des Breitbandherbizids Glyphosat. Doch der Patentschutz ist längst abgelaufen. Mittlerweile werden mehr als 40 Prozent der glyphosathaltigen Präparate von 53 Produzenten in China hergestellt. Weltweit sind mindestens 91 Firmen in 20 Ländern in der Glyphosatproduktion engagiert. Die Gesamtmenge ist zugleich stark gestiegen ist, von weltweit geschätzten 600.000 Tonnen im Jahr 2008 auf 720.000 Tonnen im Jahr 2012.

Von den anstehenden Fusionen werden vor allem die Anwender der Produkte betroffen sein: die industriell wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe in den Industrie- und Schwellenländern. Doch wenn auch der letztjährige Umsatzrückgang eine Krise der Agrarchemiebranche anzeigen mag: Dies ist noch kein Beleg für eine Reduzierung der in der Landwirtschaft eingesetzten Menge.

Alternativen

Grundsätzlich entzieht die industrielle Landwirtschaft, für die Konzerne wie Monsanto, Bayer, BASF, Syngenta, DuPont-Pioneer und Dow AgroSciences stehen, dem Planeten Energie und andere Rohstoffe, sie belegt erhebliche Flächen, und sie belastet das Klima mit Kohlendioxid, Methan und Lachgas.[8] Auch zur Saatgutsouveränität trägt sie nichts bei, denn sie verwendet überwiegend die hochgezüchteten Sorten der Konzerne, die auf einer sehr schmalen genetischen Basis beruhen – und meist erhebliche Mengen an Düngemitteln und Chemikalien brauchen, um zu gedeihen. In dieser Hinsicht kann eine Fusion wie die von Bayer angestrebte wohl keinen zusätzlichen Schaden anrichten.

Der 2008 veröffentlichte Weltagrarbericht zeigte, dass kleinbäuerliche Landwirtschaft mit hoher Flächenproduktivität einhergehen kann und das Potential bietet, nicht nur die Produzenten selbst satt zu machen, sondern die Ernährung der Weltbevölkerung zu gewährleisten. Die Zusammenfassung des Berichts konstatiert, dass »die Produktivität pro Flächen- und Energieeinheit bei diesen kleinen und diversifizierten Betrieben wesentlich höher ist als bei großen Intensivbewirtschaftungssystemen mit künstlicher Bewässerung«.[9] In Brasilien beispielsweise stellen kleinbäuerliche Familienbetriebe im Schnitt 40 Prozent der wichtigen Hauptanbauprodukte bereit und brauchen dazu weniger als 25 Prozent der Ackerfläche. Selbst in den USA produzieren sie 84 Prozent aller Erzeugnisse auf 78 Prozent der Anbaufläche.[10]

Bewegungen für Ernährungssouveränität und ökologische Landwirtschaft zielen darauf ab, die industrielle Agrarwirtschaft mit ihrem hohem Input an anorganischen Düngemitteln, Pestiziden und Energie abzulösen durch eine, in der auf geringen Verbrauch an Rohstoffen und den Einsatz von vielfältigem und regional angepasstem Saatgut geachtet wird. Für sie ist es nicht das vordringlichste Ziel, Konzernfusionen zu skandalisieren. Sie stellen die kapitalistische industrielle Agrarwirtschaft grundsätzlich in Frage, mit der die Global Player der Branche ihre Profite generieren.

Anmerkungen/Quellen:

1 Syngenta war erst im Jahr 2000 durch eine Fusion aus den Agrarsparten der Unternehmen Novartis und AstraZeneca entstanden. Novartis wiederum war 1996 aus der schweizerischen Ciba-Geigy AG und Sandoz hervorgegangen, AstraZeneca 1999 aus der schwedischen Astra AB und der britischen Zeneca PLC.
2 *Neue Zürcher Zeitung*, 3.2.2016,
3 *Neue Zürcher Zeitung*, 12.12.2015,
4 *aktiencheck.de*, 16.6.2016 (5) *Bloomberg*, 2.6.2016, http://www.bloomberg.com/news/articles/2016-06-02/bayer-said-to-secure-63-billion-in-financing-for-monsanto-bid
6 Vgl. u. a. https://www.campact.de/monsanto und http://www.cbgnetwork.org/6812.html
7 http://croplife.org/news-views/2015-annual-report/global-market-performance-numbers
8 http://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase
9 http://hup.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2009/94/pdf/HamburgUP_IAASTD_Synthesebericht.pdf
10 http://www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/weltagrarbericht/GlobalAgriculture/Smallholders-Feedingtheworld.pdf

ANZEIGE

Get organized: Aktivisten der brasilianischen Landlosenbewegung protestieren seit vielen Jahren gegen die ungerechte Verteilung von Boden in der größten lateinamerikanischen Volkswirtschaft, hier im September 2015

FOTO: UESLEI MARCELINO/REUTERS

Es gibt genügend Land

Die ungerechte Verteilung von Boden nimmt zu. Bemühungen um eine soziale und ökologische Agrarwende werden dadurch erheblich beeinträchtigt. **Von Uwe Hoering**

Uwe Hoering ist Politikwissenschaftler und Journalist. Er widmet sich seit Anfang der 1980er Jahre entwicklungspolitischen Themen. Ein aktueller Arbeitsschwerpunkt sind für ihn die globalen Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft und die Rolle der globalen Agrarindustrie, internationaler Institutionen wie der Weltbank und der Kleinbauernbewegungen dabei.

Seine Analysen veröffentlicht er in Büchern, Zeitschriften und u. a. auf seiner Website www.globe-spotting.de und in den jW-Beilagen Land & Wirtschaft

Im vergangenen Jahr schrieb er an dieser Stelle über die Neuaufteilung Afrikas mit Hilfe sogenannter Agrarkorridore in fruchtbaren Regionen und die damit verbundene Verdrängung von Kleinbauern

Weltweit, so eine aktuelle Schätzung der UN-Agrar- und Ernährungsorganisation FAO, gibt es 570 Millionen landwirtschaftliche Betriebe. 84 Prozent davon verfügen über weniger als zwei Hektar, ihr Anteil am Agrarland beträgt gerade einmal zwölf Prozent. Während die »Konsolidierung« der Betriebsgrößen auf Kosten von Kleinunternehmen in Ländern mit höheren Einkommen weit fortgeschritten ist, sind in vielen asiatischen und afrikanischen Staaten mit niedrigem Durchschnittsverdienst noch rund 40 Prozent der Höfe in der Hand von Kleinbauern. In China werden nach Berechnungen der nichtstaatlichen Lobbyorganisation GRAIN gegenwärtig sogar noch rund 70 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche von Kleinbauern genutzt. Auch in Indien, Bangladesch, Vietnam und Sri Lanka in Asien sowie in Benin, Burundi, Ghana, Malawi, Nigeria, Ruanda, Tansania und Uganda in Afrika wird noch ein großer Teil der Flächen von kleinen Landwirten bearbeitet.

Dennoch geht der Anteil der Kleinen am großen Kuchen weltweit immer schneller zurück. GRAIN spricht daher von einer »Agrarreform im Rückwärtsgang«, getrieben durch neue Gesetze, »Land Grabbing« und Handelsabkommen. Dadurch hätten allein in Asien kleinbäuerliche Betriebe mindestens 43,5 Millionen Hektar Land verloren – ein Konzentrationsprozess zugunsten von »kommerziellen Versorgungsketten auf Grundlage einer industriellen Landwirtschaft«. Aufgrund dieser Entwicklung sind viele Familien nicht mehr in der Lage, sich von ihrem Land zu ernähren. Dort, wo dies noch möglich ist, fehlt aber das zusätzliche Einkommen, das nötig wäre, um in »Wertschöpfungsketten« integriert zu werden und die Anforderungen kommerzieller Abnehmer – seien es Supermärkte oder Exporteure – zu erfüllen.

Käufer und Verkäufer

Dort, wo bäuerliche Betriebe noch einen relativ hohen Anteil haben, wurden in der Vergangenheit vielfach Landreformen und bäuerliches Wirtschaften gefördert, zum Beispiel in China, Vietnam, Simbabwe, Indien oder Tansania.

Doch inzwischen sind solche staatlichen Interventionen, die meist auf die Unabhängigkeit von früheren Kolonialmächten folgten, vielfach Makulatur. Statt dessen wurde eine marktorientierte Landverteilung propagiert, durch die in den 1990er und frühen 2000er Jahren wirtschaftlich tragfähige Agrarbetriebe entstehen sollten. Für Institutionen wie die Weltbank ging es dabei weniger um die Existenzprobleme kleiner Bauern als vielmehr um eine Konsolidierung der Betriebe als Grundlage für eine kapitalistische Entwicklung.

Doch neoliberalen Glaubenssätzen folgende Modernisierungsprojekte dieser Art sind weitgehend gescheitert und seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts mehr oder minder eingeschlafen, da es zu wenig Verkaufswillige einerseits und zahlungskräftige Interessenten andererseits gab. So haben nach Berechnung des Institute for Social Studies in Den Haag in Brasilien, einem Vorzeigeland des geschilderten Weltbank-Ansatzes, zwischen 1997 und 2005 nur 0,4 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche den Besitzer gewechselt, in Südafrika 1,65 Prozent, in Simbabwe immerhin 16,6 Prozent. In Malawi verbesserte sich durch den »Erwerb von Land, das durch Großgrundbesitzer freiwillig an bäuerliche Gruppen verkauft wurde«, nach einer Studie zwar die wirtschaftliche Situation der Teilnehmer eines Weltbank-Pilotprojekts. Zu einer umfassenden Umverteilung führte es nicht.

Statt dessen werden seit der Wiederentdeckung der Landwirtschaft als Zugpferd für Wachstum und Armutsminderung durch die Weltbank und andere Entwicklungsinstitutionen vor etwa zehn Jahren die Bemühungen verstärkt, die Situation der bestehenden Betriebe zu verbessern – allerdings ohne das Problem der ungleichen Besitzverhältnisse anzugehen.

Einer der Schwerpunkte dabei ist die Sicherung von Landnutzungsrechten: Zahllose Programme zielen darauf ab, überkommene Nutzungs- und Besitzverhältnisse, die häufig auf Konvention, Überlieferung und gemeinschaftlichen Regelungen beruhen, nach dem Vorbild privater Eigentumsverhältnisse zu klären. Land wird vermessen und registriert, anschließend werden Eigentumstitel vergeben, die dann auch gehandelt werden können. Denn nur bei geklärten Eigentumsverhältnissen bzw. Nutzungsrechten, so die Überlegung, werden Investitionen getätigt und Produktionssteigerungen möglich.

Doch so wichtig dies ist: Vermessung und Zuteilung haben meist auch zur Verdrängung traditioneller Landnutzungsformen geführt: Rechte auf Beweidung der Flächen, auf das Sammeln von Wildfrüchten und den freien Zugang zu Wasserstellen wurden im Zuge der Eigentumszuordnung entzogen. Und häufig verlieren auch diejenigen, denen das Recht auf Nutzung eines Areals bescheinigt wurde, es aufgrund von Korruption wieder.

Die Vergabe von Landtiteln wird ohnehin vor allem deshalb gefördert, weil sie die rechtlich abgesicherte Übertragung von Flächen an kommerzielle Nutzer ermöglicht. Sie ist eine der Voraussetzungen für die Schaffung größerer Betriebe, die Abnehmer und Lieferanten für Unternehmen der Agrar- und Ernährungsindustrie werden. Denen, die in diesem Prozess nicht mithalten können, empfehlen die Strategen dieser Modernisierung, aus der Landwirtschaft auszusteigen.

Zum anderen hat die Erkenntnis, dass bäuerliche Betriebe zu klein sind – und immer kleiner werden – die Intensivierungsdiskussion angeheizt: Durch ertragreichere Sorten, durch Spezialisierung und andere Maßnahmen sollen die Erträge je Flächeneinheit erhöht werden. Allerdings wird dabei vergessen, dass eine gewisse Größe Voraussetzung für einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb ist – egal, ob er nun »alternativ«, ökologisch oder konventionell bewirtschaftet wird.

Dabei ist der eingeschränkte Zugang zu Land für bäuerliche Betriebe nicht naturgegeben, sondern durch die bestehenden Eigentumsverhältnisse bedingt. Denn viele Flächen im Besitz von Staaten oder privaten Eigentümern liegen brach, werden nur marginal genutzt oder dienen der Spekulation. Oder riesige Ländereien werden für Rinderhaltung, Futtermittelerzeugung oder Energiepflanzenanbau statt für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft genutzt.

Recht auf Land neu denken

Hier wird klar: Gesicherte Nutzungsrechte helfen nur sehr wenigen Bauern. Entscheidend ist die Beantwortung der Frage: Wie kommen diejenigen, die nicht genug oder gar kein Land haben, zu ihrem Recht auf eine Fläche, die sie dauerhaft ernährt?

Wie Landreformen aussehen könnten, die dies gewährleisten, müssen Bauernbewegungen, Organisationen von Landlosen und soziale Bewegungen je nach lokalen Gegebenheiten herausfinden. Beispiele dafür gibt es. So zwang die Landlosenbewegung MST in Brasilien den Staat durch organisierte Landbesetzungen zu ersten Schritten hin zu einer Umverteilung. Auch die südafrikanische Food Sovereignty Campaign fordert Besetzungen. Und wie in Südafrika werden in vielen anderen Ländern immer wieder Höchstgrenzen für den Besitz an Ackerboden vorgeschlagen.

Natürlich gibt es gegen solche Vorstöße massive Widerstände. Die Option, Land zu enteignen, ist in den vergangenen Jahrzehnten von den Besitzenden und ihrer Lobby systematisch diskreditiert worden. Doch wenn die Umverteilung nicht wieder in den politischen Forderungskatalog aufgenommen wird, ähneln alle Kämpfe für eine andere Landwirtschaft und für ein anderes Ernährungssystem dem Bemühen, auf einer Eisscholle zu überleben, die ständig weiter abbröckelt.

ANZEIGE

Landwirtschaft
und »Effizienz«

Hierzulande versorgt ein Bauer 150 Familien – an diesem Modell industrieller Massenproduktion kann Cuba nicht gemessen werden. Man ist sich bewusst, dass mehr hergestellt werden könnte und müsste. Doch während die Landbevölkerung in vergleichbaren kapitalistischen Entwicklungsländern aus Not und mangels Alternative für die Exportproduktion schuftet, ist die Lage in Cuba eine andere: Allgemein hohe Bildung und soziale Absicherung machen die Landarbeit nicht unbedingt attraktiv, trotz hoher materieller Anreize und humaner Arbeitsbedingungen, die auch vielen älteren Leuten in Würde noch Beschäftigung und Teilhabe bieten. Diese Menschen wären anderswo längst verbraucht oder aussortiert worden.

Durch die Umstrukturierungen der letzten Jahre konnten etwa 220000 Neubauern gewonnen werden, auf das Land zurückzukehren. Nicht genug, doch in Cuba sind Überzeugungsarbeit und Einsicht gefragt – Zwang durch Herrschaft und brutale Marktmechanismen ist passé!

Infos: **netzwerk-cuba-nachrichten.de** und **netzwerk-cuba.de**

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin
Info@netzwerk-cuba.de
Tel. 030-240 093 38 · Spenden:
Postbank Berlin · BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE52 1001 0010 0032 3301 04

NETZWERK CUBA
- informationsbüro - e.V.
Solidarität mit Cuba

Willis Sündenbocksuche

Ein rheinischer Bauer hat sich seinen Frust über geizige Verbraucher und Kritiker von der Seele geschrieben. Nebenbei propagiert er ein »Weiter so« in der Landwirtschaft inklusive Gentechnik- und Pestizideinsatz. **Von Peter Clausing**

Willi Kremer-Schillings' »Sauerei!« hätte ein gutes Buch werden können. Es ist flüssig geschrieben, wenngleich etwas distanzlos-kumpelhaft im Ton, aber das trifft sicher den Nerv vieler Leserinnen und Leser. Und der Verfasser ist ein echter Insider. Kremer-Schillings bewirtschaftet 50 Hektar und lebt auf dem Hof, den er von seinem Vater und der vom Großvater übernommen hat. Er schöpft aus dem vollen, was die Beschreibung des Lebens eines Landwirts betrifft und kann auf die Erfahrungen von zwei vorangegangenen Generationen zurückgreifen. Nachzulesen ist das in seinem seit einigen Jahren betriebenen Blog »Bauer Willi«.

Dennoch ist seine Schrift im besten Fall ein ärgerliches, eher aber ein gefährliches Buch, wenn man dem Aphorismus von Georg Christoph Lichtenberg folgt, der schon im 18. Jahrhundert erkannte: »Das Gefährliche sind nicht die dicken Lügen, sondern Wahrheiten, mäßig entstellt.« Der Autor schildert detailreich die Krise der deutschen und europäischen Landwirtschaft – um dann »den Verbraucher« als Popanz aufzubauen, der mit seiner »Geiz-ist-geil-Mentalität« an der Misere des Landwirts schuld sei und in dessen Macht es liege, daran etwas zu ändern.

Selbstverständlich sollte der einzelne Konsument nicht aus der Verantwortung für seine Kaufentscheidungen entlassen werden. Doch damit allein wird das Problem nicht gelöst. Es ist nicht einmal der Kern des Problems. Und genau hier endet die Logik des Buches – oder wird sie bewusst verlassen? Eine Hauptbeschäftigung des Autors, der selbst »auch für den Weltmarkt produziert, dessen Regeln für (ihn) schwer durchschaubar sind«, ist das Austeilen von Seitenhieben gegen jene, die sich für eine Verbesserung der globalen Spielregeln engagieren, nämlich Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGO). Letzteren spricht er die Kompetenz ab, weil, »wer sich öffentlich über Lebensmittel äußert und Soziologie, Politologie oder Theologie studiert hat, definitiv kein Experte« ist, und ignoriert die Tatsache, dass Stellungnahmen von NGO-Vertretern in der Regel auf Gutachten und Studien basieren, die von Biologen, Tierärzten und Landwirten erarbeitet wurden.

OLIVER BERG/DPA-BILDFUNK

Sind die geizigen Verbraucher schuld daran, dass die Landwirte für ihre Arbeit schlecht bezahlt werden? »Bauer Willi« behauptet das

> Ein Autor, für den »der Begriff Unternehmer positiv besetzt« ist, sollte soviel ökonomischen Verstand haben zu erkennen, dass deregulierte globalisierte Märkte und Überproduktion die Mutter des von ihm beklagten Verfalls von Erzeugerpreisen sind.

Ein Autor, für den »der Begriff Unternehmer positiv besetzt« ist, sollte zumindest soviel ökonomischen Verstand haben zu erkennen, dass deregulierte globalisierte Märkte und die mit ihrer Etablierung einhergehende Überproduktion die Mutter des von ihm zu Recht beklagten Verfalls von Erzeugerpreisen sind. Das ist bei Milch und Getreide nicht anders als bei Erdöl oder Stahl.

Doch um ökonomische Zusammenhänge geht es ihm nicht, sondern vielmehr darum, mit Anekdoten einen Eindruck von Glaubwürdigkeit zu erzeugen, auf dass seine Leserschaft ihm auch dort folgt, wo er die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft propagiert. Falschdarstellungen werden besonders offensichtlich, wenn der Autor mit Hilfe von Zahlen und Grafiken »Objektivität« suggeriert. So etwa beim Versuch, die Konzentrationsprozesse bei der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu bestreiten. Es lägen »exakt 70,1 Prozent (der Betriebe) im Bereich bis 50 Hektar«, dem vom Autor definierten Schwellenwert für Großbetriebe. Was er nicht erwähnt, ist, dass diese nur über 21,4 Prozent der Flächen verfügen. An anderer Stelle rechnet Kremer-Schillings vor, dass ein kompletter Verzicht auf Pestizide und synthetischen Dünger zu Hungersnöten oder massiven Lebensmittelimporten führen würde. Seine Hochrechnungen sind unlauter, denn sie berücksichtigen weder die Bodenwertzahlen der Betriebe noch andere Rahmenbedingungen.

Das Buch wimmelt von falschen Behauptungen, für deren Widerlegung hier der Platz fehlt. »Dass ich von den Saatgutkonzernen abhängig sein soll, ist also grober Unfug, passt aber so manchem gut in den Kram«, gibt Kremer-Schillings zu Protokoll. Bei den gut dokumentierten Monopolisierungsprozessen in der Branche (siehe Seite drei dieser Beilage) geht es aber nicht um subjektives Empfinden, sondern um die kontinuierlich wachsende Marktmacht transnationaler Konzerne. Gentechnik diene, erklärt der Autor, nicht nur der Profitmaximierung, »sondern auch zur Bekämpfung des Hungers in der Welt«. Den Beweis dafür muss er allerdings schuldig bleiben, denn den gibt es bislang nicht.

Abgesehen davon, dass das Buch eine Ansammlung von schlecht belegten Behauptungen und Schuldzuweisungen ist, enthält es viele skurrile Passagen und ist daher nicht ohne einen gewissen Unterhaltungswert. Zum Beispiel, wenn der Verfasser für sich beansprucht, Pazifist zu sein, weil er kein Jäger ist – nachdem er ein paar Seiten zuvor auf seine Zeit bei der Bundeswehr verwiesen hat.

Willi Kremer-Schillings: Sauerei! Bauer Willi über billiges Essen und unsere Macht als Verbraucher. Piper Verlag, München/Berlin 2016, 330 S., 14,99 Euro

Der Autor ist promovierter Landwirt mit 50-Hektar-Betrieb ohne Viehhaltung im Rheinland und bloggt auf der Webseite www.bauer-willi.com

Unser Rezensent ist weder Theologe noch Soziologe noch Politologe, sondern ebenfalls promovierter Landwirt und Fachwissenschaftler für Toxikologie

ANZEIGE

Das Saatgut nicht den Konzernen überlassen

Mit Ihrer Unterstützung fördern wir die ökologische und gentechnikfreie Saatgutforschung. Ohne Hybride und Patente!
Helfen Sie mit Ihrer Spende, dass Saatgut Kulturgut bleibt.

Spendenkonto
GLS Bank
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE77 4306 0967 0030 0054 12
Stichwort: jw

www.saatgutfonds.de
www.zukunftsstiftung-landwirtschaft.de

GLS Treuhand
Zukunftsstiftung Landwirtschaft

PAULO WHITAKER/REUTERS

Orangenfarm im brasilianischen Limeira. Die Plantagenarbeiter werden für überlange Arbeitstage mies bezahlt und müssen für elende Unterkünfte hohe Mieten zahlen und ihre Lebensmittel zu überteuerten Preisen kaufen

Bittere Orangen

Brasiliens Saftfabrikanten zahlen Zulieferern Dumpingpreise für ihre Früchte. Auf den Plantagen sind auch deshalb sklavereiähnliche Arbeitsverhältnisse keine Seltenheit. **Von Norbert Suchanek**

Norbert Suchanek lebt als freier Journalist und Publizist in Rio de Janeiro mit Schwerpunkt Umweltschutz, Entwicklung und Menschenrechte.

Studie zur Ausbeutung in der Orangensaftproduktion online: kurzlink.de/ausgepresst

Im April berichteten brasilianische Gewerkschafter gemeinsam mit Vertretern der Gewerkschaft ver.di und der Christlichen Initiative Romero in Berlin über die Arbeitsbedingungen sowohl in den Fabriken als auch auf den Orangenplantagen (siehe dazu *jW* vom 12.4.)

Der Saft von Orangen ist der meistgetrunkene der Welt, seine Produktion ein Milliardengeschäft. Um Marktmacht wird hier mit harten Bandagen gekämpft. Das gilt vor allem für Brasilien, wo die größten Orangen plantagen und Saftfabriken stehen. Der Bundesstaat São Paulo ist globaler Orangensaft- oder vielmehr -konzentratexporteur Nummer eins. Denn in der Regel wird nicht der Saft exportiert, sondern das eingedampfte Konzentrat, um beim Transport per Tankschiff Kosten zu sparen. Bevor es dann in den Supermärkten als »vitaminreicher Morgentrunk« landet, wird es mit »natürlichen« Aromen und Trinkwasser in der Art vermischt, dass es für den deutschen Verbraucher wie »frisch gepresst« aussieht. Die meisten Konsumenten in Europa kennen den tatsächlichen Herstellungsprozess ihres täglichen O-Safts nicht. Auch über Missstände in Fabriken, Umweltfolgen des Anbaus und unsoziale Arbeitsbedingungen auf den Plantagen dürfte die Mehrheit nichts wissen.

Die Pioniere: Fischer und Eckes

Als Orangen tatsächlich noch als ganze Frucht exportiert wurden, war Rio de Janeiro das wichtigste Anbaugebiet für diese Zitrusfrüchte in Brasilien. Doch das ist Vergangenheit. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dank der »Erfindung« des Verfahrens zum »Eindicken« des Saftes bekam das Geschäft mit ihm eine neue Dimension. Der Transport per Tankschiff verbilligte sich schlagartig, und die Haltbarkeit in gekühlten Tanks verlängerte sich um Jahre, was Orangensaftkonzentrat zu einem börsenfähigen Spekulationsobjekt wie Erdöl, Aluminium oder Rohkaffee machte.

Der Deutsche Carl Fischer roch den fetten Braten zuerst. Zusammen mit dem heute größten europäischen Fruchtsaftkonzern Eckes (u. a. Marke »Hohes C«) aus der Bundesrepublik und einem Safthersteller aus Florida gründete er 1963 am Vorabend des Militärputsches in Brasilien sein Unternehmen Citrosuco im Bundesstaat São Paulo. In den Jahren der Militärdiktatur wuchs es rasch zu einem Exportriesen. Die Fischer-Gruppe besitzt heute rund zehn Millionen Orangenbäume, die 280.000 Tonnen Konzentrat im Jahr liefern. Rund 80.000 Tonnen davon gehen nach Deutschland.

Der zweite, der im Konzentratgeschäft aufstieg, war José Cutrale, Sohn eines Einwanderers aus Sizilien. Er gründete 1967 zusammen mit seinem Vater Giuseppe in São Paulo die Firma Sucocítrico Cutrale.

Nummer drei im Bunde der Fruchtsaftgiganten ist der brasilianische Konzern Votorantim, der sein Saftunternehmen Citrovita 1989 gründete. Bis dahin verdiente das Unternehmen sein Geld mit handfesteren Produkten wie Zement und Aluminium. 2012 fusionierten Citrovita und Citrosuco der Familie Fischer zu einem Saftriesen mit eigener Tankerflotte.

Die Nummer vier ist die französische Firmengruppe Louis Dreyfus Commodities (LDC), die sich ab 1988 ins brasilianische Konzentratbusiness einkaufte. Sucocítrico Cutrale, Citrosuco (inklusive der früheren Citrovita) und Louis Dreyfus: Zusammen kontrollieren sie heute 80 Prozent des Weltmarkts von O-Saft-Konzentrat und etwa 500.000 Hektar Plantagen in der Region um die Metropole São Paulo. Und sie stehen seit langem im Verdacht der Kartellbildung, illegaler Preisabsprachen und der Ausbeutung von Plantagenarbeitern.

Im vergangenen Jahr, am 2. August 2015, besetzten 200 Mitglieder der Landlosenbewegung Movimento Sem Terra (MST) zum 15. Mal die Plantage Santo Henrique von Cutrale. Sie wollten damit zum einen gegen den Raub von 2.500 Hektar Staatsland protestieren. Darüber hinaus habe der Konzern illegal Urwald abgeholzt und respektiere nicht die Arbeitsschutzgesetze, kritisierten die Aktivisten. Vier Monate zuvor hatten MST und die Landarbeitergewerkschaft São Paulos (FERAESP) aus ähnlichen Gründen die Fazenda Paraíso von LDC besetzt. Prozesse vor den Arbeitsgerichten hatten in den vergangenen Jahren die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Missstände in der brasilianischen Orangensaftbranche gelenkt.

Heuern und Feuern

Nur etwa 52.000 der rund 240.000 Beschäftigten im O-Saft-Business São Paulos sind festangestellt. Viele werden im Nordosten mit falschen Versprechungen angeheuert. Meist finden sie sich dann in einem sklavereiähnlichen System auf den Plantagen mit einem Hungerlohn wieder, von dem sie auch noch ihr tägliches Brot und Miete für die Unterbringung in elenden Quartieren bezahlen müssen. »Menschenrechte werden mit Füßen getreten. Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Ernte für diese Konzerne einbringen, sind nicht in Ketten gelegt wie früher. Aber andere Methoden werden angewandt, um sie in Gefangenschaft zu halten«, wird der Rechtsanwalt Márcio Propheta Sormani Bortolucci in der 2015 von der Christlichen Initiative Romero (CIR) und der Gewerkschaft ver.di herausgegebenen Dokumentation »Ausgepresst: Hinter den Kulissen der Orangensaftproduktion« zitiert. Die weiblichen Beschäftigten hätten besonders zu leiden: »Neben der ökonomischen Schlechterstellung und Diskriminierung sind Frauen Opfer ständiger psychischer, physischer Gewalt und auch sexueller Übergriffe.«

Ebenso besorgniserregend ist der hohe Einsatz von Pestiziden. Insgesamt 26 verschiedene Giftstoffe sind in Brasilien im Orangenanbau erlaubt. Viele davon sind toxisch für Vögel, Fische und Bienen und möglicherweise krebserregend. Selbst das in der EU verbotene Herbizid Paraquat wird über die Saftplantagen São Paulos gesprüht. Die Gifte dringen in Böden und Gewässer ein, schädigen Tier und Mensch. »Pestizidrückstände wurden hier in der ganzen Region rund um die Plantagen in der Muttermilch nachgewiesen«, berichtet Abel Barreto, Direktor der Landarbeitergewerkschaft von Duartina (siehe Dossier »Ausgepresst«). Wie die CIR bei Recherchen vor Ort feststellte, werden die Chemikalien sogar ausgebracht, während die Arbeiterinnen und Arbeiter die Orangen ernten. Vor allem in den Zulieferbetrieben sei der Umgang mit den Pestiziden zu beanstanden.

Erbgutschädigende Gifte

In der Theorie sollten Pestizidrückstände nicht im Saftkonzentrat vorhanden sein bzw. nur in minimalen Spuren. Doch 2012 lehnte die US-Lebens- und Arzneimittelaufsichtsbehörde (FDA) fünf Schiffsladungen aus Brasilien mit je 15.000 bis 40.000 Tonnen ab, weil sie zu stark mit dem Fungizid Carbendazim belastet waren. Das Präparat des Bayer-Konzerns kann Embryonen schädigen und genetische Schäden verursachen. Die US-Behörden wiesen den Importeur an, das belastete Konzentrat zu vernichten oder zurückzusenden.

Den illegalen Machenschaften des Saftkartells sind Brasiliens Justizbehörden seit 1999 auf der Spur. Die Firmen sprächen sich nicht nur untereinander ab, um Löhne und Preise der Zulieferer in Brasilien zu drücken, sagte der Staatsanwalt Ricardo Wagner Garcia aus São Paulo laut Medienberichten. Die Betrügereien gingen beim Export des Konzentrats weiter. Es werde unter Wert an Tochter- und Partnerunternehmen im Ausland verscherbelt, um so Exportsteuern zu »sparen«. Cutrale verkaufe die Tonne Saft für 800 US-Dollar an Cutrale Nordamerika, so Wagner Garcia. Der Marktwert liege bei 2.600 US-Dollar. Dies führe dazu, dass der Großteil der Gewinne im Ausland anfalle, während Brasilien, obwohl Exportweltmeister, verarme.

ANZEIGE

ANZEIGE

TTIP – Die erste sachliche Analyse zum umstrittenen Freihandelsabkommen

Ferdi De Ville, Gabriel Siles-Brügge
TTIP
Wie das Handelsabkommen den Welthandel verändert und die Politik entmachtet

Mai 2016, 192 Seiten, kart., 19,99 €,
ISBN 978-3-8376-3412-9
E-Book (PDF/E-PUB): 17,99 €

TTIP – das Ende von Politik und Demokratie?
Die erste politikwissenschaftliche Analyse zum umstrittenen Handelsabkommen blickt hinter die Fassaden von Chlorhühnern und Hormonfleisch.
Sie zeigt: TTIP radikalisiert einen längst eingeleiteten Prozess einer depolitisierenden »deep liberalization«.
Sie zeigt aber auch: Der zivilgesellschaftliche Protest birgt die Chance, die Handelspolitik zu repolitisieren.

www.transcript-verlag.de

Verbot noch nicht in Sicht

Lobbyisten wollen langfristige Neuzulassung für Glyphosat durchsetzen. Bundesinstitut für Risikobewertung spielt dubiose Rolle in der Debatte um Gefahren des Pflanzengifts. **Von Peter Clausing**

STRINGER CHILE/REUTERS

Mit Glyphosat wird vor allem der US-Saatgutmulti Monsanto in Verbindung gebracht, der es zuerst verbreitet hat. Proteste gegen den Einsatz des Pflanzengiftes gibt es weltweit, hier auf einer Demonstration gegen Monsanto in der chilenischen Hauptstadt Santiago, 23. Mai 2015

Im vergangenen Jahr bewertete die in Lyon ansässige Krebsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation Glyphosat als »wahrscheinlich krebserregend beim Menschen«. Ohne dieses Urteil einer so renommierten Institution hätte die zivilgesellschaftliche Kampagne kaum einen so großen Erfolg erzielen können wie den, dass sich die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten nicht auf eine längerfristige Neuzulassung des Unkrauftgifts einigen konnten.

Nachdem die im Frühjahr 2014 im Rahmen einer öffentlichen Konsultation vorgetragenen Bedenken gegen eine erneute Zulassung des Unkrautvernichters vom federführenden Gutachter im EU-Neuzulassungsverfahren, dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), weitgehend als irrelevant abgetan worden waren, schien die Sache entschieden. Umgekehrt wäre die Einschätzung der WHO-Krebsagentur sicher ohne viel Aufhebens in deren Archiv verschwunden, hätte es nicht das enorme öffentliche Interesse daran gegeben.

Durch das Zusammentreffen der wissenschaftlichen Einschätzung der IARC und des Engagements von Nichtregierungsorganisationen wurde überraschend viel erreicht. Noch im März hatte die EU-Kommission eine 15jährige Wiedergenehmigung vorgeschlagen. Im Mai reduzierte sie ihre Vorgabe auf neun Jahre. Am Ende wurde von ihr wegen der fehlenden Einigung der Vertreter der Mitgliedsstaaten eine 18monatige Verlängerung der derzeit gültigen Zulassung verordnet. Die Verschiebung der Entscheidung ist ein Erfolg, denn obwohl die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) auf Basis der Bewertung durch das BfR für eine Weitergenehmigung votierte, wird nun das Urteil eines zweiten EU-Gremiums abgewartet. Bis Ende 2017 muss die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) beurteilen, ob Glyphosat aus ihrer Sicht als krebserregend einzustufen ist oder nicht. Zwar wäre es ungewöhnlich, dass sich zwei EU-Institutionen grundlegend widersprechen. Andererseits sind die Mogeleien von BfR und EFSA inzwischen so offensichtlich, dass die ECHA das kaum ignorieren kann. Wenn ihr Urteil »krebserregend« lautet, wäre eine Weitergenehmigung des Wirkstoffs ab 2018 nur schwer vorstellbar.

Irreführung der Öffentlichkeit

Ein Verbot in Europa wäre auch ein wichtiges Signal für Länder wie Argentinien, Brasilien oder Paraguay, deren ländliche Bevölkerung unter erhöhten Krebsraten und Gesundheitsschäden bei Neugeborenen aufgrund des massiven Glyphosateinsatzes leidet. Abgesehen davon würden die EU-Behörden mit der Ablehnung einer Neuzulassung lediglich ihrer Pflicht nachkommen. Denn laut EU-Verordnung 1107/2009 darf ein Pestizidwirkstoff nur dann genehmigt werden, wenn er »nicht als karzinogene Substanz der Kategorie 1A oder 1B eingestuft wird oder einzustufen ist«. Erst nachdem über diese Stoffeigenschaft – krebserregend oder nicht – befunden wurde, geht es in einem zweiten Schritt, nämlich normalerweise nur dann, wenn ein Stoff nicht karzinogen ist, um eine Einschätzung der sonstigen Risiken seiner Verbreitung.

Doch das BfR teilte am 19. Mai 2016 auf seiner Website mit, die IARC habe »nur einen ersten Schritt der gesundheitlichen Risikobewertung durchgeführt«, der sowohl vom BfR als auch von den europäischen Bewertungsbehörden »vervollständigt wurde«. Hier wird der Eindruck erweckt, BfR und EFSA hätten eine gründlichere Bewertung vorgenommen als die IARC.

Doch wie will man ein Risiko bewerten, wenn man das Existieren einer Gefahr von vornherein bestreitet? Genau das haben die Behörden in Berlin und Brüssel bislang getan. Trotz klarer Datenlage verweigern sie eine Einstufung als »wahrscheinlich krebserregend beim Menschen«. Mit einer solchen Einstufung müsste Glyphosat verboten werden, und eine Risikobewertung stünde gar nicht mehr zur Debatte. Zwar enthält die EU-Verordnung einige »Schlupfloch«-Formulierungen, aber selbst, wenn man diese genutzt hätte, wäre bei Anerkennung der Eigenschaft »wahrscheinlich krebserregend beim Menschen« die Risikobewertung, die das BfR dann doch hätte durchführen müssen, sicherlich anders ausgefallen. Die von dieser Behörde vorgenommene Festlegung einer Höchstdosis, die für den Menschen als gefahrlos betrachtet wird, basiert eben nicht auf den lebenslangen Krebsstudien an Ratten und Mäusen, sondern auf Studien an Kaninchen mit einer knapp zweiwöchigen Verabreichungsdauer.

Der Unterschied zwischen Risiko und Gefahr ist nicht schwer zu verstehen. Ein Risiko ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Gefahr tatsächlich eintritt. Doch während die EU-Pestizidverordnung darauf abzielt, Gefahren auszuschließen und die Genehmigung von krebserregenden Wirkstoffen von vornherein zu verhindern, vermischt das BfR in seinen Verlautbarungen zum Thema Glyphosat regelmäßig Risiko und Gefahr. So wird suggeriert, alles Erforderliche sei getan worden. Diese Unschärfe wird gern von Industrievertretern und der Agrarlobby aufgegriffen, um zu behaupten, Glyphosat sei »bei sachgerechtem Einsatz« nicht krebserregend.

Vorauseilender Gehorsam?

Der Umgang mit Glyphosat ist ein Lehrstück über das Verhalten von Behörden unter dem Druck der Industrie. In der erwähnten Hausmitteilung des BfR heißt es, alle dort Beschäftigten seien verpflichtet, Regelungen zur »Unbefangenheit, Effektivität, Sachkunde und Korruptionsprävention« einzuhalten, »wie sie von den deutschen Gesetzen« vorgeben seien. Natürlich werden Industrievertreter nicht beim BfR einmarschieren und dessen Beschäftigten sagen, was sie zu schreiben haben. Aus der Regierungszeit von Gerhard Schröder (SPD) ist aber bekannt, dass Topmanager von Europas größten Konzernen Direktzugang zum Bundeskanzler hatten. Es wäre naiv zu glauben, dass sich daran unter Angela Merkel etwas geändert hätte. Man kann also davon ausgehen, dass sich von Vorstandsvertretern in Gesprächen mit der Kanzlerin geäußerte »Bedenken« schnell bis zum BfR herumsprechen.

Doch beim Bundesinstitut ist es mit der »Unbefangenheit« auch an anderer Stelle nicht weit her. Es hat 15 Kommissionen, von denen es sich beraten lässt, um damit die wissenschaftliche Qualität seiner Stellungnahmen zu erhöhen. Dazu zählt die Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände. In dem 13köpfigen Gremium sitzen auch vier Industrievertreter. Zwar ist es nicht für die Bewertung von Pestiziden zuständig, sondern berät unter anderem Strategien zur künftigen Beurteilung von deren Gefahren und Risiken. Dadurch finden aber Weichenstellungen statt, die sich auf alle Bewertungsverfahren auswirken.

Für die Arbeit seiner Kommissionen hat das BfR nach eigener Auskunft folgende Regelung: »Liegt ein Interessenkonflikt vor, wird das Kommissionsmitglied von den Beratungen zu den entsprechenden Sachverhalten ausgeschlossen.« Bei dem für Pflanzenschutzmittel zuständigen Gremium scheint das nicht zu gelten, denn in deren Sitzungsprotokollen liest man nach Feststellung von Interessenkonflikten regelmäßig Statements wie dieses: »Da nur eine Diskussion des Sachstandes und keine offizielle Beschlussfassung der Kommission vorgesehen sind, wurden die Kommissionsmitglieder nicht von der Diskussion des Themas ausgeschlossen.« Dabei ist es genau diese Diskussion, über die eine Einflussnahme durch Personen mit »Interessenkonflikten« erfolgt, wenngleich auf eher subtile Weise. Bleibt abzuwarten, wie weit der Einfluss der Lobbyisten im Fall von Glyphosat am Ende reicht.

Peter Clausing ist Toxikologe und Vorstandsmitglied im »Pestizid Aktions-Netzwerk Germany e. V.« (www.pan-germany.org).

Er lebt als freier Journalist und Buchautor bei Potsdam. Für diese Zeitung schreibt er regelmäßig über Agrar- und Umweltthemen. Zuletzt erschien auf den *jW*-Themaseiten am 22. März sein Beitrag über Abholzung und die Ausbreitung von Waldmonokulturen.

ANZEIGE

Nachhaltige Ernährungssysteme als Lösung

Steven Engler / Oliver Stengel / Wilfried Bommert (Hg.)

Regional, innovativ und gesund

Nachhaltige Ernährung als Teil der Großen Transformation

2016. 291 Seiten mit 26 Abb. und 8 Tab., gebunden
€ 60,–
ISBN 978-3-525-30059-6

eBook: € 49,99 D / ISBN 978-3-647-30059-7

Ca. 30% der Weltbevölkerung sind entweder unter- oder überernährt, was zu starken Belastungen für Gesundheit, Wirtschaft, etc. führt. Die Lösung für beide Probleme ist der Wandel zu nachhaltigen Ernährungssystemen. Der Band setzt sich mit diesen Themen auseinander und stellt sie in den Kontext einer neuen »Großen Transformation«.

V&R Academic
Verlagsgruppe Vandenhoeck & Ruprecht | V&R unipress

www.v-r.de

Auf dem Rücken der Bauern

Handelsabkommen TTIP würde Einkommensverluste für EU-Landwirte bringen. USA dringen auf niedrigere Hürden für Zulassung von Hormonen in der Tiermast, Genfood und Co. **Von Mute Schimpf**

Mute Schimpf ist Campaignerin bei der Umweltorganisation Friends of the Earth (FoE) Europe in Brüssel

Mitte Juli erschien die von ihr gemeinsam mit Emily Diamand verfasste Analyse »Schlechter Deal für EU-Bäuerinnen und Bauern. Gefahren für die europäische Landwirtschaft durch TTIP« (siehe dazu auch *jW* vom 13.7.)

Studie online: www.bund.net/pdf/agrar-ttip-studie

Land & Wirtschaft **erscheint als Beilage der *jungen Welt* im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin. Redaktion: Jana Frielinghaus (V. i. S. d. P.), Anzeigen: Silke Schubert, Bildredaktion: Anne Römisch, Gestaltung: Michael Sommer.**

In der öffentlichen Diskussion um das Handelsabkommen TTIP zwischen den USA und der Europäischen Union ging es von Beginn an auch um Fragen des Essens – vom Chlorhuhn bis zur Gentechnik. Bei den Verhandlungen selbst jedoch schienen der sogenannte Investitionsschutz und das öffentliche Beschaffungswesen die größten Streitpunkte zu sein.

Doch die Anfang Mai von Greenpeace veröffentlichten Dokumente offenbarten, dass gerade Themen wie Agrarzölle und Standards bei der Lebensmittelherstellung wie auch Regeln für die Landwirtschaft weiter hart umkämpft sind. Schon Anfang der 1990er Jahre hatten die EU und die Vereinigten Staaten die Verhandlungen zum Vertrag der Welthandelsorganisation (WTO) aufgrund von Streitigkeiten über Sojabohnen und Importquoten verzögert. Es gibt eine lange Liste von Streitfällen darüber, ob und in welchem Ausmaß Regeln zur Lebensmittelsicherheit angeblich den freien Handel beeinträchtigen.

Auf den ersten Blick scheinen USA und EU mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede bei der Lebensmittelerzeugung zu haben. In beiden Regionen wird die Agrarbranche zunehmend von wenigen Konzernen kontrolliert, beide haben komplizierte und weitreichende Subventionssysteme, beide sind große Im- und Exporteure von Agrarrohstoffen und verarbeiteten Lebensmitteln. Andererseits gibt es auf beiden Seiten des Atlantiks aktive Bewegungen für eine lokale Lebensmittelerzeugung.

Dennoch gibt es weitreichende Unterschiede. Während in der EU nahezu jedes Lebensmittelgesetz von den Kennzeichnungsvorgaben bis zum Zulassungsverfahren harmonisiert ist, sieht das in den USA anders aus. Viele Regeln werden dort von den Bundesstaaten erlassen, die sich vehement gegen eine Einschränkung ihres Handlungsspielraums wehren. Dies betrifft beispielsweise Einschränkungen bei der Anwendung von Pestiziden und Tierschutzvorgaben. Mit TTIP sollen dagegen Regeln geschaffen werden, die sowohl für die gesamte EU als auch für die USA gelten. Strengere Vorschriften auf Staatenebene könnten dann von Unternehmen als Handelshemmnis juristisch angefochten werden.

In beiden Blöcken unterscheiden sich die Regeln für die Zulassung von als risikoreich eingestuften Produkten wie Pestiziden oder gentechnisch verändertem Saatgut bzw. Lebensmitteln. In der EU gab es nach der BSE-Krise vor 15 Jahren eine weitreichende Reform. 2001 war festgestellt worden, dass die das Gehirn zersetzende Rinderkrankheit BSE in einigen Fällen auf Menschen übertragen worden war. Seitdem gibt es ein zweistufiges Verfahren zur Risikoabschätzung bei der Genehmigung von Produktionsverfahren und Substanzen. Nach einer wissenschaftlichen Bewertung durch EU-Behörden gibt es eine politische Entscheidung von Vertretern der Regierungen sowie der EU-Kommission. Dieses Vorgehen ist Teil des sogenannten Vorsorgeprinzips, das von der Industrielobby beider Wirtschaftsräume als unwissenschaftlich angegriffen wird.

»Wissenschaft« statt Vorsorge?

Unter EU-Bedingungen heißt Vorsorgeprinzip, dass bei berechtigen Bedenken weitere Studien gefordert, die Nutzung eines Produkts nur mit Einschränkungen erlaubt oder ganz verboten werden kann. In den USA gibt es das beschriebene zweistufige Verfahren nicht, sondern es wird alles innerhalb einer Behörde entschieden. Zusätzlich ermöglicht das US-System der Industrielobby, über den sogenannten Notice-and-comment-Prozess Entscheidungen über Jahre und sogar Jahrzehnte zu verzögern. Selbst so gefährliche Stoffe wie Asbest sind in den Vereinigten Staaten nicht verboten.

Die Vertreter der Industrie wollen in den TTIP-Verhandlungen für sich mehr Einfluss auf sämtliche Schritte bei Zulassungsverfahren erreichen – und pochen auf ein »wissenschaftsbasiertes« Vorgehen. Das klingt fortschrittlich. Doch in Wirklichkeit liefert Wissenschaft kein schlichtes »gefährlich« oder »ungefährlich« als Prädikat für eine Substanz. Vielmehr ist ihr Ziel, Wissen zu vermehren, um morgen Annahmen von heute hinterfragen zu können. Im äußerst industriefreundlichen System der USA heißt wissenschaftsbasiert dagegen: Bevor die Verwendung oder der Verkauf eines Produkts verboten werden kann, muss der endgültige Beweis erbracht sein, dass es schädlich ist. Eine Folge: Gentechnisch verändertes Saatgut wird in den USA in enormem Umfang eingesetzt, eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, die genmanipulierte Produkte enthalten, gibt es nicht. Demgegenüber muss in der EU auf der Verpackung darüber informiert werden, ob ein Lebensmittel genmanipulierte Bestandteile enthält.

Einzelne US-Bundesstaaten wollen eine ähnliche Kennzeichnungspflicht einführen. Auf föderaler Ebene gehen Lobbyisten der Saatgutkonzerne dagegen mit massiven Kampagnen vor. Nach Wunsch der Industrie soll nur gekennzeichnet werden müssen, wenn es ein nachgewiesenes Gesundheitsrisiko gibt. Die EU-Vorgaben stellen aus Sicht von US-Regierung und Agrarexporteuren ein Handelshemmnis dar.

> „Die US-Diplomaten haben von Beginn an bessere Exportmöglichkeiten für US-Fleisch in die EU gefordert.

Regeln aufweichen

TTIP wird nun von der Industrie auf beiden Seiten genutzt, bestehende EU-Gentechnikregeln aufzuweichen. Höhere Grenzwerte für die versteckte Verunreinigung von Saatgut und Lebensmitteln mit genetisch veränderten Organismen (GVO) stehen ganz oben auf der Wunschliste. Während in den USA eine einmal zugelassene Pflanzensorte mit verändertem Erbgut keinen Anbaurestriktionen und Kontrollen mehr unterliegt, gelten in der EU weiterhin Regeln, und es gibt eine – wenn auch lückenhafte – Überwachung des Einsatzes.

Die EU-Kommission betont, über TTIP solle ein verbesserter Dialog zu Vorgaben des Tierschutzes sowie des Antibiotikaeinsatzes in der Mast erreicht werden. Handelsdiplomaten aus den USA weisen dies zurück. Was eine Reduzierung der Anwendung von Antibiotika betrifft, wird dort wie beim Tierschutz auf freiwillige Initiativen der Industrie gesetzt. Wie ein Handelsabkommen wie TTIP die USA dazu bringen soll, daran etwas zu ändern, konnte die Kommission nicht erklären.

Gerade in der Tierhaltung sind die Unterschiede zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken erheblich. Hormone und andere Wachstumsförderer oder etwa die Fleischdesinfektion mittels Chlor und anderer Chemikalien sind in der EU verboten, das so hergestellte Fleisch kann also nicht aus den USA in deren Mitgliedsstaaten exportiert werden.

Die US-Diplomaten haben von Beginn an bessere Exportmöglichkeiten für US-Fleisch in die EU gefordert. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es drei Wege: Erstens Zollabbau, zweitens Entschärfung einiger gesetzlicher Vorgaben in der EU, drittens zollfreie Quoten für Fleisch, das nach EU-Vorgaben erzeugt wurde. Während die EU-Kommission und die Bundesregierung stets beteuern, durch TTIP würden keine EU-Standards abgesenkt, versucht die US-Verhandlungsdelegation genau dies durchzusetzen – und die europäischen Diplomaten kommen ihr entgegen. So hatte die Kommission Wege zur Zulassung der chemischen Fleischdesinfektion vorgeschlagen. Diese Idee verschwand jedoch zunächst wieder in der Schublade, nachdem klar war, dass damit die Unterstützung für TTIP weiter abnehmen würde – obwohl es dabei nicht um das berüchtigte Chlorhuhn ging, sondern um ein Verfahren, bei dem Säuren eingesetzt werden.

Auch die Landwirtschaft selbst hat viel zu verlieren. Agrarmärkte reagieren schnell auf erhöhte Importmengen. Bei CETA, dem Abkommen mit Kanada, wurden in den letzten Verhandlungsrunden noch zollfreie Quoten für kanadisches Schweinefleisch vereinbart. Damit verdoppelt sich die Gesamtmenge an in die EU eingeführtem Schweinefleisch. Da es mit TTIP weder bei Fragen der Lebensmittelsicherheit noch bei klassischen Agrarfragen wirkliche Fortschritte gibt, sollen diese Kapitel ebenfalls erst ganz am Ende debattiert werden. Im Tausch gegen Exporterleichterungen für die EU-Automobilhersteller und andere Zugeständnisse will Washington dann die Abschaffung der in der Union geltenden Importbeschränkungen für US-Rindfleisch und -Genfood durchsetzen. Das Ergebnis ist offen. In anderen Handelsabkommen haben die USA diesbezüglich jedoch keinen Millimeter nachgegeben.

Drei Wochen lang: Gratis lesen!

Hier bestellen!

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen kostenlos lesen oder verschenken.

Das Abo endet automatisch. Belieferung in die Schweiz und Österreich zu gleichen Konditionen, aber für zwei Wochen.

☐ **Das Probeabo geht an mich**
☐ **Ich habe das Probeabo geworben**

☐ Frau ☐ Herr

Vorname
Name
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Ja, ich bin damit einverstanden, dass Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 Berlin).
Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum/Unterschrift

Das Probeabo geht an:
(Bitte beachten Sie, dass Sie das Einverständnis des Probeaboempfängers einholen.)

☐ Frau ☐ Herr

Vorname
Name
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Die Belieferung beginnt ab dem nächstmöglichen Montag oder ab Montag, den 2016

Coupon einsenden an:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.

Sie können das Probeabo auch bestellen unter www.jungewelt.de/probeabo · Abotelefon: 0 30/53 63 55-50

ANZEIGE

KÖPENICKER WEINLADEN

Köpenicker Straße 8, 10997 Berlin-Kreuzberg.
Tel: 0 30/6 11 90 09, Fax: 0 30/6 17 57 50.
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 14–18.30 Uhr, Sa., 10–14 Uhr